

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND

6 / 2008

Politischer Bericht aus der Russischen Föderation

24. März 2008

Christian Forstner
Leiter der Verbindungsstelle Moskau



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: 0049-89-258-202 oder -204
Fax: 0049-89-1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Präsidentenwahlen in Russland: Machtwechsel oder Machterhalt?

Russland hat gewählt. Über zwei Drittel der Wähler stimmten für Dmitrij Medwedjew, der Anfang Mai Wladimir Putin ablösen wird. Die drei übrigen Bewerber, darunter der Kommunist Gennadij Sjuganow und der Politprovokateur Wladimir Schirinowskij, hatten von vornherein keine Chance. Russlands Demokraten, intern zerstritten und politisch marginalisiert im System der gelenkten Demokratie, schauten dem Wahlschauspiel ohnmächtig zu. Boris Nemzow, Spitzenkandidat der „Union der Rechten Kräfte“ bei den letzten Parlamentswahlen, zog seine Kandidatur resigniert zurück und erklärte, sich an der Wahlfarce nicht beteiligen zu wollen. Der frühere Premierminister und jetzige Oppositionspolitiker Michail Kasjanow reichte zwar die erforderlichen mindestens 2 Millionen Unterstützerunterschriften ein. Die Zentrale Wahlkommission fand jedoch erhebliche Unregelmäßigkeiten und Gesetzesverstöße in den Unterlagen, so dass sie ihn von der Kandidatenliste strich. Auch im Falle seiner Wahlteilnahme hätte Kasjanow wohl kaum ein nennenswertes Ergebnis erzielt. In Umfragen kam er auf 2-4% und hätte den unangefochtenen Wahlsieg Medwedjews nicht gefährden können. Ob die Kreml-Strategen verhindern wollten, dass Kasjanow seinen Wahlkampf zur Artikulation unangenehmer Themen wie Machtkonzentration, Korruption, versäumte Reformen etc. nutzt, oder eine fügsame Verwaltung ihren Entscheidungsspielraum bewusst zuungunsten des Antragstellers interpretierte, ist nicht eindeutig festzustellen. Dieses Beispiel illustriert jedoch, über welche administrativen Eingriffsmöglichkeiten Russlands Bürokratie verfügt und wie letztlich auf Verwaltungsebene politische substantielle Entscheidungen getroffen werden bzw. der Wählerwille präjudiziert wird.

Stabilitätsinteresse der Wähler

Russlands schwache Bürgergesellschaft nahm die Ernennung und Wahl des Putin-Nachfolgers mit schweigender Zustimmung zur Kenntnis. Schließlich genießt man Stabilität, Kontinuität, neues Selbstbewusstsein und wieder gewonnene Weltgeltung. All dies war in den chaotischen 90er Jahren abhanden gekommen. Unter Putin kehrte es ins russische Selbstgefühl zurück, Medwedjew soll es noch ausbauen. Hinter dem Wahlergebnis steckt der Wunsch nach anhaltendem Wirtschaftswachstum und realen Einkommenssteigerungen. Russlands Wähler hat Angst vor einer Krise, fürchtet den Rückfall in die instabilen Zeiten der Jelzin-Ära und hegt letztlich

keine allzu großen Erwartungen an die Politik. Ein Blick auf den Konsum-Boom in den Großstädten zeigt, dass allmählich eine kaufkräftige und äußerst konsumhungrige Mittelschicht entsteht. Politisch ist Russlands Durchschnittswähler weitgehend desillusioniert, konzentriert sich auf seine persönliche Lebenswelt, fügt sich den Realitäten und sucht nach individuellen Überlebensstrategien. Unter der jungen Generation sind apolitische Einstellungen weit verbreitet, insgesamt stimmt sie dem stabilitätsorientierten Kurs Putins zu.

Farce oder Legitimation:

die Wahlen im Spiegel der nationalen und internationalen Reaktion

Die Wahlen riefen im In- und Ausland unterschiedliche Reaktionen hervor. Das Warschauer OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte sagte die Wahlbeobachtermission mit Hinweis auf die einengenden Bedingungen der russischen Seite hinsichtlich Zeit und Umfang der Mission ab. In der internationalen Presse dominierten eindeutig negative Kommentare, in denen die Ausschaltung der politischen Konkurrenz und die fehlenden Wahlmöglichkeiten treffend analysiert wurden. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats führte zwar eine Kurzzeit-Beobachterdelegation durch. Ein demokratisches Gütesiegel war damit aber nicht verbunden. Der Delegationsleiter und Schweizer Nationalrat Andreas Gross machte aus seiner Einschätzung keinen Hehl, dass es sich um eine „Wahl ohne Wahl“ handle und dadurch die Kriterien „frei und fair“ nicht erfüllt seien. Im Gegenzug ließ Russlands Zentrale Wahlkommission keine Zweifel an der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahlen aufkommen und stufte vereinzelt gemeldete Unregelmäßigkeiten als nicht ergebnisrelevant ein. Selbst fragwürdige Resultate im Nordkaukasus wie annähernd 100% Wahlbeteiligung und fast 100% Stimmen für die Staats- und Regierungspartei „Einiges Russland“ bei der Duma-Wahl im Dezember wurden mit traditionellem Wahlverhalten und innerfamiliärer Beeinflussung erklärt. Russlands oberste Wahlbehörde möchte die politischen Urteile der internationalen Wahlbeobachter rigoros unterbinden und die Missionen auf ihren technischen Kern reduzieren. Dieser grundsätzliche Dissens liegt den Absagen der OSZE-Wahlbeobachtermissionen zugrunde. Die offizielle Begründung mit verspäteten Einladungen und Visumerteilungen ist nur die diplomatische Sprachregelung, um die tiefsitzenden Verstimmungen nicht allzu offenkundig werden zu lassen. Die politische Klasse Russlands begrüßte das eindeutige Votum für den neuen Präsidenten und interpretierte die klare Mehrheit als Vertrauensbeweis für Putin und Medwedjew. In ihren Augen spiegelt das Ergebnis trotz geringfügiger Wahlverstöße den Wählerwillen wider und dient als unanfechtbare Legitimationsgrundlage für das weitere Regierungshandeln.

Machtwechsel oder Machterhalt: Putin oder Medwedjew?

Auf den ersten Blick gelang Putin mit der Wahl seines loyalen politischen Zöglings Medwedjew die Quadratur des Kreises. Er willigte in einen Wechsel im Präsidentenamt ein und widerstand dem Druck enger Vertrauter aus den Sicherheitskreisen, die Verfassung zugunsten einer dritten Amtszeit zu ändern. Im Gegenzug sicherte er sich eine machtvolle Position in der russischen Politik, indem er sich gleichsam selbst zum künftigen Premierminister ernannte. Das spannende Manöver zwischen Machterhalt und Machtwechsel scheint also zu funktionieren, die Machtbalance zwischen rivalisierenden Geheimdienstkreisen und wirtschaftsliberalen Technokraten gewahrt. Mit der Kür Medwedjews soll offenbar ein farbloser Präsident nachrücken, so dass Putin die politische Szene weiterhin dominiert. Erste Neuzuschneide in den Apparaten von Präsident und Premierminister lassen die Strategie Putins erahnen. Putins enger Vertrauensmann Igor Setschin, zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des größten Erdölkonzerns „Rosneft“, soll stellvertretender Ministerpräsident mit Koordinations- und Aufsichtsfunktion über die Geheimdienste und Machtministerien werden. Genau auf diesem Feld liegt die Schwachstelle Medwedjews. Er kommt nicht aus den Sicherheitsdiensten und verfügt über kein eigenständiges Beziehungsnetz in diesen Kreisen. Zudem sichert sich Putin mit der Zusammenlegung der Personalstellen von Präsidential- und Regierungsverwaltung die Kontrolle über die Einstellung, Beförderung und Versetzung aller Mitarbeiter in den beiden wichtigsten Apparaten.

Faktisch handelt es sich bei der geplanten Doppelspitze mit Präsident Medwedjew und Premierminister Putin allerdings um eine gewagte Konstruktion. Zu Russlands politischer Tradition gehören autokratische Macht und Personenkult, nicht langwierige Konsultationsprozesse. Versuche von Kollektivregierungen wie im Politbüro unter Nikita Chruschtschow oder Leonid Breschnew waren erfolglose Ausnahmen, nicht die Regel. Im System Putin wurde das Bild vom starken Mann an der Spitze des Staates rekultiviert. Die Macht kannte nur einen Sitz: den Kreml. Grundelemente demokratischer Gemeinwesen wie Parlament, Parteien, Medien, Zivilgesellschaft spielen eine untergeordnete Rolle. Die Stabilität des Systems basiert auf der personalisierten Macht des Präsidenten.

Kurzfristig läßt sich das Machttandem Medwedjew-Putin sicherlich medial inszenieren. Sie treten jetzt schon immer gemeinsam auf, die Putin-Porträts in allen Amtszimmern können schnell durch Bilder mit beiden Köpfen ersetzt werden. Die Führungsharmonie kann jedoch bald vorbei sein. Für Medwedjew ist das neue Amt ein Aufstieg, für Putin letztlich ein Abstieg. Der Präsident thront im Kreml, für seine Mercedes-Eskorte werden die Straßen gesperrt, er glänzt auf dem internationalen Parkett. Der Ministerpräsident hingegen steckt in den Niederungen der russischen

Innenpolitik, er muß den schwierigen Modernisierungsprozess steuern, unpopuläre Reformen in der Sozial-, Renten-, Bildungs- und Gesundheitspolitik umsetzen, die Inflation bekämpfen und einen korruptionsanfälligen Staatsapparat eindämmen. Im russischen Rollenspiel kommt alles Gute aus dem Kreml, während Regierungschef und Minister die Blitzableiter für sozialen Unmut sind und den Präsidenten vor öffentlicher Kritik schützen. Zur Entschädigung reden sie ein gewichtiges Wort bei der Verteilung staatlicher Gelder mit. Dies dürfte auch das wesentliche Kalkül des wenig transparenten Machtkreises um Putin sein. Ein Ministerpräsident Putin sichert ihnen den Einfluß auf die Öl- und Gasmilliarden, die in nationale Schwerpunktprojekte und neu geschaffene Staatsholdings fließen.

Vorsichtige Hoffnung auf neue Kreml-Politik

Mit jedem Monat im Amt wird Präsident Medwedjew sein eigenes Kräftefeld entwickeln. Inhaltlich wird er dem Kurs seines Vorgängers treu bleiben. Diversifizierung der Wirtschaft, innere Modernisierung und Russlands internationale Rolle auf Augenhöhe mit dem Westen waren die Schlagworte seiner Wahlkampfauftritte sein. Im Ton und Auftreten ist er gepflegter, schließlich stammt er aus einer Akademikerfamilie. Er gilt als status- und machtbewusst und wird das Präsidentenamt vom ersten Tag an ausfüllen. Putin brauchte einige Zeit, um im und mit dem Amt zu wachsen, zu atemberaubend war sein Aufstieg. 1996 stand er gleichsam auf der Straße, nachdem sein politischer Mentor Anatolij Sobtschak die Bürgermeisterwahlen in St. Petersburger verloren hatte. Ende 1999 war er der mächtigste Mann Russlands. Medwedjew stieg zusammen mit Putin auf. In den zurückliegenden Jahren an der Spitze der Präsidentialverwaltung, als Vize-Premier und vor allem als Aufsichtsratsvorsitzender im Herzstück der russischen Wirtschaft, dem Energieriesen Gasprom, baute er sich eine eigene Machtposition auf.

Der Epilog im Drama mit dem Titel „Operation Nachfolger“ ist noch nicht geschrieben. Ein Happy End mit stabiler, harmonischer und erfolgreicher Doppelspitze scheint wenig wahrscheinlich. An manchen Stellen kann man das Krachen im Gebälk des Kreml jetzt schon hören. Rivalisierende Geheimdienstkreise verhaften sich gegenseitig, der stellvertretende Finanzminister sitzt in Untersuchungshaft, liberale Wirtschaftspolitiker warnen vor dem verheerenden Imageverlust Russlands im Ausland angesichts der konfrontativen Töne in der Außenpolitik. Noch hat Putin durch seine Popularität und Autorität die Machtrümpfe in der Hand und garantiert ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte. Er kann Medwedjew nach einer gewissen Schamfrist auch wieder zum Rücktritt zwingen, für die Öffentlichkeit ließe sich schon ein verschleiern-der Grund finden. Denkbar ist aber auch, dass sich Medwedjew von Putin emanzipiert und sich die mit ihm verbundenen wirtschaftsliberalen Petersburger Juristen und Technokraten durchset-

zen. Hinter den Kulissen würde dies einen Machtwechsel bedeuten, an den Inhalten der Politik allerdings wenig ändern. Dafür ist Medwedjew zu sehr Teil des Systems und verkörpert den Mainstream einer privilegienbewussten politischen Elite. Er repräsentierte über Jahre das System Putin in exponierter Funktion, wenngleich in einer für den Westen sympathischen Variante als smarter Manager. Nichtsdestotrotz richten sich vor allem aus dem Ausland hoffnungsvolle Blicke auf den neuen Präsidenten. Seine politischen Grundsatzreden waren von liberalen Positionen geprägt, die er unter das Motto „Freiheit ist besser als Unfreiheit“ stellte. Er präzisierte den offensichtlichen Reformstau in allen wesentlichen sozialwirtschaftlichen Politikfeldern und legte den wirtschaftspolitischen Schwerpunkt seiner Präsidentschaft auf die Bereiche Innovationen, Investitionen und Infrastruktur. Diese pragmatischen und kooperationsbereiten Töne sind mittlerweile auch aus Parlament und Regierung zu hören. Auf der Basis des neuen russischen Selbstvertrauens scheint sich Russland wieder stärker zu seiner europäischen Verantwortung und Identität zu bekennen und es fällt offensichtlich leichter, Kompromisse zu finden und Interessen abzugleichen. Die EU wird wieder verstärkt als wirtschaftlicher und politischer Partner begriffen und mit entsprechendem Respekt behandelt. Dies war jedenfalls das Kurzfazit einer Delegation des Europäischen Parlaments vom 18. bis 19. März, an der auch MdEP Dr. Gabriele Stauner teilnahm. Während vor einem Jahr die Krise und Spannungen in den europäisch-russischen Beziehungen evident waren und in der Verhandlungsblockade über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen resultierten, lauten die Signale heute auf wirkliche Umsetzung der „strategischen Partnerschaft“. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob es dem neuen Präsidenten Medwedjew, der für sich eindeutig das Feld der Außen- und Sicherheitspolitik reklamierte, gelingt, Russland von einer reagierenden und mitunter destruktiven internationalen Rolle abzubringen und zur Übernahme einer aktiven und konstruktiven Gestaltungsrolle zu veranlassen. Die letztlich besonnenen Reaktionen zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, die ergebnisorientierte Verhandlungsführung mit den USA über die amerikanischen Raketenabwehrpläne und das Mittragen der jüngsten Iran-Resolution des UN-Sicherheitsrats geben begründeten Anlass, unter dem neuen Präsidenten eine weniger konfrontative russische Außenpolitik zu erwarten, der zudem ein realistischer Blick auf die Wahrnehmung Russlands in der Welt zugrunde liegt.

Christian Forstner

Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung